

## **AMNESTY INTERNATIONAL**

### **PRESSEMITTEILUNG**

(inoffizielle Übersetzung der Koordinationsgruppe Chile/Venezuela)

### **Venezuela: Die Regierungen der Region müssen die aus dem Land fliehenden Menschen schützen**

Die Regierungen in ganz Lateinamerika und der Karibik müssen gemeinsam ihre Verantwortung für den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte von Menschen tragen, die aus Venezuela fliehen, erklärte Amnesty International heute (am 3. September 2018) in einem offenen Brief an die Regierungen der Region, die zu einem Krisengipfel in Quito, Ecuador, zusammengekommen sind.

"Millionen von Menschen waren gezwungen, alles zurückzulassen und tagelange Märsche auf sich zu nehmen, um den im großen Umfang begangenen Menschenrechtsverletzungen in Venezuela zu entkommen. Dazu gehören willkürliche Verhaftungen, außergerichtliche Hinrichtungen, Folterungen und Verletzungen des Rechts auf Nahrung und Gesundheit", sagte Erika Guevara Rosas, Leiterin der Amerika-Abteilung von Amnesty International.

"Die Lösung erfordert internationale Koordination und Zusammenarbeit. Die Nachbarländer müssen Solidarität zeigen und sich für den Schutz der Bevölkerung Venezuelas in Zeiten der Not einsetzen. Sie dürfen nicht denjenigen den Rücken zukehren, die nichts anderes tun, als einen Ort zu suchen, um ihr Leben in Sicherheit wieder aufzubauen."

Mehr als 2,3 Millionen Menschen haben Venezuela seit 2015 verlassen, was nach UN-Zahlen mehr als 7% der Bevölkerung entspricht. Die meisten haben in Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador und Peru Zuflucht gesucht.

Angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingskrise fordert Amnesty International die Regierungen der Region auf, allen aus Venezuela kommenden Personen Zugang zu Schutzmaßnahmen zu gewähren. Die Aufnahmeländer müssen unverzüglich wirksame Maßnahmen zum Schutz dieser Personen ergreifen und sicherstellen, dass sie nicht zurückgeschickt werden. Die Staaten müssen den Zugang zu den Menschenrechten sowohl für die aufnehmenden Gemeinden als auch für die Personen, die internationalen Schutz benötigen, gewährleisten; dazu gehören die Rechte auf Gesundheit, Bildung, Arbeit, Sicherheit und Freizügigkeit.

Die Regierungen der Region und zuständige internationale Organisationen wie der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) müssen ebenfalls ihre gemeinsame Verantwortung für die finanzielle und logistische

Unterstützung übernehmen, um die Rechte und den Schutz aller aus Venezuela kommenden Personen zu gewährleisten.

Falls Sie weitere Informationen wünschen oder einen Termin vereinbaren möchten, setzen Sie sich in Kontakt mit Duncan Tucker: +52 1 55 4848 8266, [duncan.tucker@amnesty.org](mailto:duncan.tucker@amnesty.org)